

**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION  
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN  
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 2003 — 4173

[C — 2003/33072]

**5. JUNI 2003 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über das Urlaubsgeld für die Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der parageinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 54, abgeändert durch die Gesetze vom 18. Juli 1990 und vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, insbesondere des Artikels 11 §1, ersetzt durch das Gesetz vom 22. Juli 1993;

Aufgrund des Dekretes vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 19. Februar 1990, 16. Oktober 1995, 26. April 1999, 18. Oktober 1999 und das Programmdekret vom 23. Oktober 2000;

Aufgrund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, insbesondere Artikel 1, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1998, und Artikel 13;

Aufgrund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere des Artikels 24, § 1, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2000;

Aufgrund des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes, insbesondere Artikel 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. April 2000, 18. Februar 2002, 18. November 2002 und 22. Februar 2003;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 10. März 1999 zur Festlegung des administrativen und finanziellen Statuts des Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen Öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Februar 2003;

Aufgrund des Protokolls des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft Nr. S5/2003 vom 28. Mai 2003;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 27. Mai 2003;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal vom 5. Juni 2003;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die neue Regelung zur Ermittlung des Urlaubsgeldes umgehend zu verabschieden ist, damit der entsprechende Punkt des Sektoriellen Abkommens 2001/2002 noch rechtzeitig umgesetzt wird;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten zuständig für den Haushalt und das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

Anwendungsbereich

**Artikel 1** - Vorliegender Erlass gilt für die Anwärter, Beamten und Vertragsbediensteten, nachstehend als Personalmitglieder bezeichnet:

1. des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung;
3. des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;
4. des Arbeitsamtes;
5. des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Begriffsbestimmungen

**Art. 2** - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Referenzjahr: das Jahr, das dem Jahr, in dem der Jahresurlaub gewährt wird, vorausgeht
2. laufendes Jahr: das Jahr, in dem der Jahresurlaub gewährt wird

3. Besoldung: die Besoldung, das Gehalt oder die Entschädigung beziehungsweise Zulage, die anstelle der Besoldung oder des Gehalts gewährt wird, wobei Wohnungs- oder Ortszulage einbegriffen sind

4. vollständiger Monat: Monat, in dem sich die geleisteten Dienste von Beginn bis Ende erstrecken

5. teilzeitige Dienste: Dienste, die keinen Stundenplan abdecken, den eine vollständige Tätigkeit in der Regel in Anspruch nimmt.

#### Berechnung des Urlaubsgeldes

**Art. 3 - § 1** - Die Personalmitglieder haben ein Recht auf Urlaubsgeld, das auf Grund folgender Formeln ermittelt wird:

1. bei vollständigen Monaten während des Referenzjahres

$$\left(G \times \frac{Y}{12}\right) \times P$$

2. bei unvollständigen Monaten während des Referenzjahres

$$\left(G \times \frac{Z}{30 \times m}\right) \times P$$

3. bei vollständigen und unvollständigen Monaten während des Referenzjahres

$$\left(G \times \frac{Y}{12} + G \times \frac{Z}{30 \times m}\right) \times P$$

G = die Besoldung des Personalmitgliedes für den Monat März des laufenden Jahres bei Vollzeitbeschäftigung

Y = die Anzahl der vollständigen Monate des Referenzjahres

Z = die Summe aller Tage der unvollständigen Monate des Referenzjahres

m = die Anzahl der unvollständigen Monate des Referenzjahres

P = der Prozentsatz, der für die Personalmitglieder der verschiedenen Stufen wie folgt festliegt:

1. Für die Stufen IV und III:

a) 70 % im Jahr 2003

b) 75 % im Jahr 2004

c) 80 % im Jahr 2005

d) 85 % ab dem Jahr 2006

2. Für die Stufe II:

a) 70 % im Jahr 2004

b) 75 % im Jahr 2005

c) 80 % im Jahr 2006

d) 85 % ab dem Jahr 2007

3. Für die Stufe II+:

a) 70 % im Jahr 2005

b) 75 % im Jahr 2006

c) 80 % ab dem Jahr 2007

4. Für die Stufe I:

a) 70 % im Jahr 2006

b) 75 % ab dem Jahr 2007

Bei der Berechnung des Urlaubsgeldes werden folgende Zeitspannen berücksichtigt:

1. die Zeitspannen, für die ganz oder teilweise eine Besoldung gewährt wird

2. die Zeitspanne eines Elternschaftsurlaubes

3. die Zeitspanne der Abwesenheit im Rahmen einer Geburt, wie in Artikel 39 des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 vorgesehen

4. die Zeitspanne der Abwesenheit aufgrund einer konzertierten Arbeitsniederlegung

5. die Zeitspanne, während der das Personalmitglied seinen Dienst nicht antreten konnte oder eine Aussetzung erfolgte aufgrund der am 30. April 1962 koordinierten Milizgesetze oder der koordinierten Gesetze vom 20. Februar 1980 über das Statut der Wehrdienstverweigerer, mit Ausnahme der Wiedereinberufung als Disziplinarmaßnahme

Bei einem Personalmitglied, das zum Ende des Referenzjahres noch keine 25 Jahre alt ist, wird innerhalb des Referenzjahres ebenfalls die Zeitspanne vom 1. Januar bis zum Dienstantritt berücksichtigt, wenn es seinen Dienst spätestens am letzten Arbeitstag einer Zeitspanne von 4 Monaten antritt, die dem Zeitpunkt folgt, an dem das Personalmitglied seine Studien, die Anrecht auf Kindergeld geben, beendet hat, oder die dem Zeitpunkt folgt, an dem der Lehrvertrag des Personalmitgliedes endete.

§ 2 - Wenn im Laufe des Referenzjahres während gewissen Zeitspannen aufgrund teilzeitiger Dienste nur ein Teil der Besoldung gewährt wird, wird für diese Zeitspannen der in §1 ermittelte Betrag entsprechend verringert, indem als Reduzierungskoeffizient der Prozentsatz der effektiv geleisteten Dienste im Vergleich zu den vollzeitigen Diensten Anwendung findet.

§ 3 - Das in Anwendung von §1 und §2 ermittelte Urlaubsgeld wird gegebenenfalls auf den höheren Eurocent aufgerundet.

#### Zeitpunkt der Auszahlung

**Art. 4** - Die Auszahlung des Urlaubsgeldes erfolgt im Monat Mai oder Juni des laufenden Jahres.

In Abweichung von Absatz 1 erfolgt die Auszahlung in dem Monat, der dem Monat der Versetzung in den Ruhestand des Personalmitgliedes, seiner Entlassung auf Antrag, seiner Entlassung oder seines Ablebens folgt.

## Einbehaltung

**Art. 5.** Auf das Bruttourlaubsgeld erfolgt eine Einbehaltung in Höhe von 13,07 %

## Übergangsbestimmungen

**Art. 6 - § 1 -** Wenn das in Anwendung der vorhergehenden Artikel gewährte Urlaubsgeld nicht höher ist als der in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 30. Januar 1979 über die Gewährung eines Urlaubsgeldes an Bedienstete der allgemeinen Verwaltung des Königreiches gewährte Betrag, wendet man den in Artikel 3 § 1 in der Stufe des betroffenen Personalmitgliedes vorgesehenen höheren Prozentsatz an, um diesen Betrag zu übersteigen.

§ 2 - Die Personalmitglieder der Stufe II erhalten das Urlaubsgeld im Jahr 2003 weiterhin gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 30. Januar 1979 über die Gewährung eines Urlaubsgeldes an Bedienstete der allgemeinen Verwaltung des Königreiches.

Die Personalmitglieder der Stufe II+ erhalten das Urlaubsgeld in den Jahren 2003 und 2004 weiterhin gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 30. Januar 1979 über die Gewährung eines Urlaubsgeldes an Bedienstete der allgemeinen Verwaltung des Königreiches.

Die Personalmitglieder der Stufe I erhalten das Urlaubsgeld in den Jahren 2003, 2004 und 2005 weiterhin gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 30. Januar 1979 über die Gewährung eines Urlaubsgeldes an Bedienstete der allgemeinen Verwaltung des Königreiches.

## Inkrafttreten

**Art. 7 -** Der vorliegende Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Mai 2003 in Kraft.

## Durchführung

**Art. 8 -** Der Ministerpräsident, zuständig für den Haushalt und das Personal, wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 5. Juni 2003

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport  
K.-H. LAMBERTZ

## TRADUCTION

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2003 — 4173

[C - 2003/33072]

**5 JUIN 2003. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone relatif au pécule de vacances octroyé aux membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 54, modifié par les lois des 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public, notamment l'article 11, § 1<sup>er</sup>, remplacé par la loi du 22 juillet 1993;

Vu le décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, modifié par les décrets des 19 février 1990, 16 octobre 1995, 26 avril 1999, 18 octobre 1999 et par le décret-programme du 23 octobre 2000;

Vu le décret du 19 juin 1990 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées, notamment l'article 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 29 juin 1988, et l'article 13;

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E., notamment l'article 24, § 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 14 février 2000;

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'Emploi, notamment l'article 1<sup>er</sup>;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 avril 2000, 18 février 2002, 18 novembre 2002 et 22 février 2003;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 10 mars 1999 fixant le statut administratif et pécuniaire du personnel du « Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft » (Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone);

Vu l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 22 février 2003;

Vu le protocole n° S5/2003 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone du 28 mai 2003;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 27 mai 2003;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, donné le 5 juin 2003;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1<sup>er</sup>, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que la nouvelle réglementation permettant de calculer le pécule de vacances doit être adoptée sans délai afin que le point y afférent de l'accord sectoriel 2001/2002 puisse encore être transposé en temps utile;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

#### Champ d'application

**Article 1<sup>er</sup>.** Le présent arrêté s'applique aux stagiaires, fonctionnaires et agents contractuels

1° du Ministère de la Communauté germanophone;

2° de l'Office pour les personnes handicapées;

3° de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E.;

4° de l'Office de l'Emploi;

5° du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone,

ci-après appelés « membres du personnel ».

#### Définitions

**Art. 2.** Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1° année de référence : l'année précédant celle au cours de laquelle les vacances annuelles sont accordées;

2° année en cours : année au cours de laquelle les vacances annuelles sont accordées;

3° rémunération : la rémunération, le traitement, l'indemnité ou l'allocation tenant lieu de rémunération ou de traitement, y compris l'allocation de foyer ou de résidence;

4° mois complet : mois où les services prestés s'étendent du début à la fin;

5° prestations à temps partiel : prestations qui ne couvrent pas un horaire tel qu'il absorbe normalement une activité complète.

#### Calcul du pécule de vacances

**Art. 3.** § 1. Les membres du personnel ont droit à un pécule de vacances calculé selon les formules suivantes :

1° lors de mois complets pendant l'année de référence :

$$\left(G \times \frac{Y}{12}\right) \times P$$

2. lors de mois non complets pendant l'année de référence :

$$\left(G \times \frac{Z}{30xm}\right) \times P$$

3. lors de mois complets et non complets pendant l'année de référence :

$$\left(G \times \frac{Y}{12} + G \times \frac{Z}{30xm}\right) \times P$$

G = rémunération du membre du personnel pour le mois de mars de l'année en cours lors de prestations complètes

Y = nombre de mois complets de l'année de référence

Z = somme de tous les jours des mois non complets de l'année de référence

m = nombre de mois non complets de l'année de référence

P = pourcentage fixé comme suit pour les membres du personnel des différents niveaux :

1° pour les niveaux IV et III

a) 70 % en 2003

b) 75 en 2004

c) 80 % en 2005

d) 85 % à partir de 2006

2° pour le niveau II

a) 70 en 2004

b) 75 % en 2005

c) 80 % en 2006

d) 85 % à partir de 2007

3° pour le niveau II+

a) 70 % en 2005

b) 75 % en 2006

c) 80 % à partir de 2007

4° pour le niveau I

a) 70 % en 2006

b) 75 % à partir de 2007.

Sont prises en considération pour le calcul du pécule de vacances les périodes où le membre du personnel :

1° a perçu une rémunération totale ou partielle;

2° a bénéficié d'un congé parental;

3° a été absent dans le cadre d'une naissance, tel que prévu à l'article 39 de la loi sur le travail du 16 mars 1971;

4° a été absent pour cessation concertée du travail;

5° n'a pu entrer en fonction ou a suspendu ses fonctions en vertu des lois sur la milice, coordonnées le 30 avril 1962, ou des lois portant le statut des objecteurs de conscience, coordonnées le 20 février 1980, à l'exclusion du rappel par mesure disciplinaire.

Lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel qui n'a pas encore atteint l'âge de 25 ans à la fin de l'année de référence, la période allant du 1<sup>er</sup> janvier de l'année de référence à l'entrée en service est également prise en considération s'il prend son service au plus tard le dernier jour ouvrable d'une période de 4 mois qui suit la date où il a terminé des études ouvrant le droit aux allocations familiales ou la date où son contrat d'apprentissage a pris fin.

§ 2. Lorsqu'au cours de l'année de référence, seule une partie de la rémunération a été liquidée pendant certaines périodes en raison de prestations à temps partiel, le montant déterminé au § 1<sup>er</sup> est, pour ces périodes, réduit au prorata en appliquant comme coefficient de réduction le pourcentage des prestations effectives par rapport aux prestations complètes.

§ 3. Le pécule de vacances déterminé en application des §§ 1<sup>er</sup> et 2 est, le cas échéant, arrondi au centime d'euro supérieur.

#### Moment de la liquidation

**Art. 4.** Le pécule de vacances est liquidé en mai ou juin de l'année en cours.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, la liquidation est effectuée le mois suivant le mois de la mise à la retraite du membre du personnel, de sa démission, de son licenciement ou de son décès.

#### Retenue

**Art. 5.** Une retenue de 13,07 % est effectuée sur le montant brut du pécule de vacances.

#### Dispositions transitoires

**Art. 6.** § 1. Lorsque le pécule de vacances accordé en application des articles précédents n'est pas supérieur au montant accordé en vertu de l'arrêté royal du 30 janvier 1979 relatif à l'octroi d'un pécule de vacances aux agents de l'administration générale du Royaume, on applique le pourcentage supérieur prévu à l'article 3, § 1<sup>er</sup>, pour le niveau du membre du personnel concerné, afin de dépasser ce montant.

§ 2. Les membres du personnel de niveau II continuent en 2003 de percevoir le pécule de vacances en vertu des dispositions de l'arrêté royal du 30 janvier 1979 relatif à l'octroi d'un pécule de vacances aux agents de l'administration générale du Royaume.

Les membres du personnel de niveau II+ continuent en 2003 et 2004 de percevoir le pécule de vacances en vertu des dispositions de l'arrêté royal du 30 janvier 1979 relatif à l'octroi d'un pécule de vacances aux agents de l'administration générale du Royaume.

Les membres du personnel de niveau I continuent en 2003, 2004 et 2005 de percevoir le pécule de vacances en vertu des dispositions de l'arrêté royal du 30 janvier 1979 relatif à l'octroi d'un pécule de vacances aux agents de l'administration générale du Royaume.

#### Entrée en vigueur

**Art. 7.** Le présent arrêté produit ses effets le 1<sup>er</sup> mai 2003.

#### Exécution

**Art. 8.** Le Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 5 juin 2003.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,  
K.-H. LAMBERTZ

---

#### VERTALING

#### MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2003 — 4173

[C — 2003/33072]

**5 JUNI 2003. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap betreffende het vakantiegeld toegekend aan de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de paragegemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap**

De Regering van de Duitstalige gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 54, gewijzigd bij de wetten van 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 16 maart 1954 betreffende de controle op sommige instellingen van openbaar nut, inzonderheid op artikel 11, § 1, vervangen bij de wet van 22 juli 1993;

Gelet op het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de decreten van 19 februari 1990, 16 oktober 1995, 26 april 1999, 18 oktober 1999 en bij het programmadecreet van 23 oktober 2000;

Gelet op het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap, inzonderheid op artikel 1, gewijzigd bij het decreet van 19 juni 1988, en op artikel 13;

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s, inzonderheid op artikel 24, § 1, gewijzigd bij het decreet van 14 februari 2000;

Gelet op het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor Arbeidsbemiddeling, inzonderheid op artikel 1;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 27 april 2000, 18 februari 2002, 18 november 2002 en 22 februari 2003;

Gelet op het besluit van de Regering van 10 maart 1999 tot vastlegging van het administratief en geldelijk statuut van het personeel van het « Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft » (Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap);

Gelet op het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 februari 2003;

Gelet op het protocol nr. S5/2003 van het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap van 28 mei 2003;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 27 mei 2003;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, gegeven op 5 juni 2003;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid door het feit gerechtvaardigd is dat de nieuwe regeling voor de berekening van het vakantiegeld onverwijld moet worden aangenomen opdat het desbetreffende punt van de sectorale overeenkomst 2001/2002 nog tijdig kan worden omgezet;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

#### Toepassingsgebied

**Artikel 1.** Voorliggend besluit is toepasselijk op de stagiairs, ambtenaren en contractuelen van :

1° het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

2° de Dienst voor de personen met een handicap;

3° het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's;

4° de Dienst voor Arbeidsbemiddeling;

5° van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap,

hierna « personeelsleden » genoemd.

#### Definities

**Art. 2.** Voor de toepassing van voorliggend besluit dient te worden verstaan onder :

1° referentiejaar : het jaar vóór het jaar waarin de jaarlijkse vakanties toegekend worden;

2° lopend jaar : het jaar waarin de jaarlijkse vakanties toegekend worden;

3° bezoldiging : de bezoldiging, de wedde, de vergoeding of de met de bezoldiging of wedde gelijkgestelde toelage, de haard- of standplaatstoelage inbegrepen;

4° volledige maand : maand waar de gepresteerde dienste van het begin tot het einde van de maand lopen;

5° deeltijdse prestaties : prestaties waarvan de uurregeling een normale beroepsactiviteit niet volkomen in beslag neemt.

#### Berekening van het vakantiegeld

**Art. 3.** § 1. De personeelsleden hebben recht op een vakantiegeld, berekend op grond van de volgende formules :

1° bij volledige maanden tijdens het referentiejaar

$$(G \times \frac{Y}{12}) \times P$$

2. bij niet volledige maanden tijdens het referentiejaar

$$(G \times \frac{Z}{30xm}) \times P$$

3° bij volledige en niet volledige maanden tijdens het referentiejaar

$$(G \times \frac{Y}{12} + G \times \frac{Z}{30xm}) \times P$$

G = bezoldiging van het personeelslid voor de maand maart van het lopende jaar bij volledige prestaties

Y = aantal volledige maanden van het referentiejaar

Z = som van alle dagen van de niet volledige maanden van het referentiejaar

m = aantal niet volledige maanden van het referentiejaar

P = percentage dat voor de personeelsleden van de verschillende niveaus als volgt is vastgelegd :

1° voor de niveaus IV en III

a) 70 % in 2003

b) 75 % in 2004

c) 80 % in 2005

d) 85 % vanaf 2006

2° voor het niveau II

a) 70 % in 2004

b) 75 % in 2005

c) 80 % in 2006

d) 85 % vanaf 2007

3° voor het niveau II+

a) 70 % in 2005

b) 75 % in 2006

c) 80 % vanaf 2007

4° voor het niveau I

a) 70 % in 2006

b) 75 % vanaf 2007.

Voor de berekening van het vakantiegeld worden in aanmerking genomen de perioden gedurende welke het personeelslid :

1° zijn bezoldiging geheel of gedeeltelijk heeft genoten;

2° met ouderschapsverlof was;

3° afwezig is geweest in het kader van een geboorte, zoals bepaald in artikel 39 van de arbeidswet van 16 maart 1971;

4° afwezig is geweest wegens georganiseerde werkonderbreking;

5° niet in dienst kon treden of zijn ambtsverrichtingen heeft geschorst krachtens de dienstplichtwetten, gecoördineerd op 30 april 1962, of krachtens de wetten houdende het statuut van de gewetensbezwaarden, gecoördineerd op 20 februari 1980, met uitsluiting van de wederoproeping om tuchtredden.

Gaat het om een personeelslid dat op het einde van het referentiejaar nog geen 25 jaar oud is, dan wordt de periode tussen 1 januari van het referentiejaar en de indiensttreding eveneens in aanmerking genomen, indien het personeelslid uiterlijk in dienst is getreden op de laatste werkdag van de vier maanden volgend op de datum waarop het studies heeft beëindigd die het recht op kinderbijslag openen of op de datum waarop zijn leerovereenkomst een einde heeft genomen.

§ 2. Indien in de loop van het referentiejaar slechts een gedeelte van de bezoldiging werd uitbetaald tijdens bepaalde periodes wegens deeltijdse prestaties, dan wordt het in § 1 bepaalde bedrag, voor deze periodes, naar rato verminderd door het percentage van de werkelijke prestaties t.o.v. de voltijdse prestaties als verminderingscoëfficiënt toe te passen.

§ 3. Het vakantiegeld bepaald met toepassing van de §§ 1 en 2 wordt desgevallend naar de hogere eurocent afgerond.

#### Tijdstip van de uitbetaling

**Art. 4.** Het vakantiegeld wordt in mei of juni van het lopende jaar uitbetaald.

In afwijking van het eerste lid vindt de uitbetaling plaats in de maand volgend op de maand van de inruststelling van het personeelslid, van zijn ontslagneming, van zijn afdanking of van zijn overlijden.

#### Inhouding

**Art. 5.** Op het bruto bedrag van het vakantiegeld wordt 13,07 % ingehouden.

#### Overgangsbepalingen

**Art. 6.** § 1. Indien het met toepassing van vorige artikelen toegekend vakantiegeld niet hoger ligt dan het bedrag toegekend krachtens het koninklijk besluit 30 januari 1979 betreffende de toekenning van een vakantiegeld aan het personeel van 's Lands algemeen bestuur, dan wordt het hogere percentage bepaald in artikel 3, § 1, voor het niveau van het betrokken personeelslid toegepast om dit bedrag te overschrijden.

§ 2. In 2003 verkrijgen de personeelsleden van niveau II verder het vakantiegeld krachtens de bepalingen van het koninklijk besluit 30 januari 1979 betreffende de toekenning van een vakantiegeld aan het personeel van 's Lands algemeen bestuur.

In 2003 en 2004 verkrijgen de personeelsleden van niveau II+ verder het vakantiegeld krachtens de bepalingen van het koninklijk besluit 30 januari 1979 betreffende de toekenning van een vakantiegeld aan het personeel van 's Lands algemeen bestuur.

In 2003, 2004 en 2005 verkrijgen de personeelsleden van niveau II verder het vakantiegeld krachtens de bepalingen van het koninklijk besluit 30 januari 1979 betreffende de toekenning van een vakantiegeld aan het personeel van 's Lands algemeen bestuur.

#### Inwerkingtreding

**Art. 7.** Voorliggend besluit heeft uitwerking op 1 mei 2003.

#### Uitvoering

**Art. 8.** De Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, is belast met de uitvoering van dit besluit. Eupen, 5 juni 2003.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,  
K.-H. LAMBERTZ